

Todesstrafe auf der Agenda

Erdogan und Faschisten rufen nach Verfassungsänderung in der Türkei. Ziel ist die Spaltung der Opposition

Nick Brauns

In der Türkei ist die Debatte über die Wiedereinführung der Todesstrafe neu entbrannt. Seit 1984 war die Todesstrafe in der Türkei nicht mehr vollstreckt worden, im Zuge des EU-Beitrittsprozesses im Jahr 2004 wurde sie abgeschafft. Doch bereits in der Nacht des gescheiterten Putsches am 16. Juli 2016 hatte Präsident Recep Tayyip Erdogan vor einer Menschenmenge am Istanbul Flughafen, die lautstark die Wiedereinführung der Todesstrafe forderte, seine Zustimmung geäußert. In den vergangenen Monaten erschütterte zudem eine auffällige Häufung von Morden an Kindern in verschiedenen Regionen das Land. Kommentatoren regierungsnaher Medien forderten nach dem Auffinden der Leichen der misshandelten Mädchen die Todesstrafe für die Täter.

Auf die Agenda brachte Erdogan das Thema erneut Mitte voriger Woche. Er werde nicht zögern, ein Gesetz für die Wiedereinführung der Todesstrafe zu unterzeichnen, wenn das Parlament dafür gestimmt habe, verkündete der Staatspräsident auf der Trauerfeier für eine junge Mutter und ihr elf Monate altes Baby in der Provinz Sivas. Beide waren am Tag zuvor bei der kurdischen Stadt Yüksekova in der Nähe einer Kaserne, in der die Frau ihren dort als Soldat stationierten Ehemann besucht hatte, durch eine Explosion getötet worden.

Unmittelbar nach dem Vorfall beschuldigten die Medien unisono die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), einen Sprengsatz am Straßenrand gelegt zu haben. Die Guerilla schloss in einer Erklärung auf ihrer Internetseite zwar nicht aus, dass der Wagen der 24jährigen mitten im Kriegsgebiet versehentlich getroffen wurde, versicherte aber, dass Zivilisten kein Angriffsziel seien. Dorfbewohner, die zu dem zerstörten Fahrzeug geeilt waren, erklärten gegenüber der Nachrichtenagentur *Mezopotamya* allerdings, die Explosion sei durch eine überhitzte Gasflasche verursacht worden.

Am Montag kündigte dann der Vorsitzende der Partei der Großen Einheit (BBP), Mustafa Destici, an, nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause im Oktober einen Gesetzentwurf für die Wiedereinführung der Todesstrafe im Falle von Mord, Hochverrat und sexuellem Missbrauch von Kindern einzubringen. Für eine solche Initiative bräuchte Destici weitere Verbündete. Denn er ist als einziger Abgeordneter seiner religiös-faschistischen Partei durch die Wahlallianz mit Erdogans Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) ins Parlament eingezogen. Als entschiedene Befürworterin der Todesstrafe gilt die gleichfalls zum Regierungslager zählende faschistische Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP).

Weil die kemalistische Republikanische Volkspartei (CHP) als stärkste Opposition sowie die linke Demokratische Partei der Völker (HDP) die Todesstrafe ablehnen, ist eine für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen. Um die Bevölkerung per Referendum abstimmen zu lassen, reichen bereits 360 Abgeordnete in der 600köpfigen Großen Nationalversammlung in Ankara aus. Doch das Regierungslager aus AKP, MHP und BBP verfügt nur über 340 Parlamentarier. Es wäre also auf Überläufer aus der zur Opposition gehörenden MHP-Abspaltung Gute Partei (İYİ) oder vom rechten Flügel der CHP angewiesen.

Die Türkei ist allerdings Unterzeichnerin des Zweiten Fakultativprotokolls vom 15. Dezember 1989 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie des Protokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention. Beide verbieten die Todesstrafe. Darauf wies der Vizevorsitzende der AKP, Nayati Yazici, gegenüber dem türkischen Sender *NTV* hin. Öztürk Türkdogan, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins der Türkei (IHD), warnte vor einem »ökonomischen Selbstmord«, da die Wiedereinführung der Todesstrafe das offizielle Ende aller EU-Beitritts Hoffnungen bedeuten würde.

Das primäre Ziel Erdogans dürfte weniger in der tatsächlichen Einführung der Todesstrafe bestehen. Vielmehr zielt die Debatte auf die weitere Polarisierung im Land, um von der akuten Wirtschafts- und Währungskrise abzulenken. Einerseits kann so der harte Kern der Regierung Anhänger gegen vermeintliche innere Feinde mobilisiert werden, andererseits wird das Oppositionslager unter Druck gesetzt und gespalten.

